Gleiche Rechte und gleiche Chancen für Frauen – gerade jetzt *(neu)*

Das Leben von Frauen hat sich verändert. Sie stehen im Beruf, sie leisten die meiste Carearbeit in der Familie und stehen dabei voll unter Druck. Es muss alles perfekt sein. Die Arbeitsteilung im Privaten könnte besser sein. In der Coronazeit hat sich gezeigt, dass doch wieder die Frauen im Privaten ganz automatisch mehr Arbeit übernehmen. Doch diese Arbeit und die dadurch errungene sozialisationsbedingte Qualifikation bringt im Erwerbsleben kein Plus. Der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern lag 2018 im Landesdurchschnitt bei 20 Prozent, d. h. Frauen verdienen gemessen am Bruttostundenverdienst im Durchschnitt ein Fünftel weniger als Männer. Ferner zeigt sich, dass das Phänomen in hochqualifizierten Berufsgruppen mit hoher Vergütung tendenziell stärker ausfällt. (Quelle: 4. Atlas zur Gleichstellung von Männern und Frauen in Niedersachsen) Deshalb werden wir die Beschäftigten in sogenannten Frauenbereichen wie Sozial- und Erziehungsdienste, in den Pflegeberufen und auch die Einzelhändler*innen u. v. andere mehr dabei unterstützen, dass sie eine Entlohnung erhalten, die den Anforderungen ihrer Arbeit entspricht. Arbeitzeitverkürzung ist der nächste Punkt, der angegangen werden muss. In einem Projekt im Krankenhaus in Wuhan in der Coronazeit wurde aufgezeigt, das 6-Stunden-Schichten Leben der Patient*innen retten und den Krankenstand bei Beschäftigten senkt. In vielen dieser Bereiche ist Personalmangel die Regel. Das muss abgeschafft werden. Nach wie vor, und in der Coronazeit sogar noch verstärkter, sind Frauen noch immer täglich häuslicher Gewalt und Diskriminierung im Erwerbsleben und in Organisationen ausgesetzt. Dagegen werden wir uns verstärkt einsetzen. DIE LINKE. betont, dass es Zeit ist, Zeit für die Familie, für das Ehrenamt und für sich selbst zu erkämpfen. Für die Familie heißt dies, Zeit für die Carearbeit und Zeit miteinander. Dabei unterstützen wir die Gewerkschaften in Niedersachsen. Aber, es ist auch eine gesellschaftliche Aufgabe. Das Land Niedersachsen muss sich aktiv für die Gleichstellung der Frau einsetzen und für Frauen Schutzräume schaffen. Frauen müssen politisch, gesellschaftlich und beruflich endlich gleichermaßen teilhaben können. **-> LTWP.ÄA179** Wir brauchen Zeit zum Leben, Lieben, Lachen!

DIE LINKE setzt sich ein für:

- - die gerechte Entlohnung von gleicher Arbeit und gleichwertiger Arbeit
- Arbeitszeitverkürzung mit Lohn- und Personalausgleich wieder Thema wird
- dass über Strukturen in Betrieben und Organisationen diskutiert und neu verhandelt wird
- - die Einführung des 8. März – des Weltfrauentages – als niedersächsischen Feiertag
- - anonyme Bewerbungsverfahren beim Land und den Kommunen. Durch eine entsprechende Gesetzgebung und Hilfestellung sind anonyme Bewerbungsverfahren im privaten Sektor zu fördern
- - eine verstärkte Etablierung und Durchführung von Maßnahmen innerhalb des Prozesses der Aufstellung von öffentlichen Haushalten, mit dem Ziel, die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und schließlich zu erreichen
- Eine 50-prozentige Geschlechterquotierung in den Leitungsgremien öffentlicher und durch den Staat beeinflussbarer Einrichtungen und Unternehmen -> **LTWP.ÄA184**
- Einrichtung von Rückzugsorten für stillende Mütter sowie kleine Kinder (0-3 Jahre) in durch das Land beeinflussbaren Einrichtungen und Unternehmen
- Finanzielle Förderung von Studien zur genderfreundlichen Medizin und Weiterbildung von Ärzten zu den neuesten Erkenntnissen der Studien
- Eine bedürfnisorientierte (erhöhte Kapazitäten im weiblichen Sanitärbereich, Wickelbereich auf Männertoiletten) Ausstattung in den sanitären Anlagen in öffentlichen und durch den Staat beeinflussbaren Einrichtungen und Unternehmen. (gendergerecht)

- Ein Paritätsgesetz auf den Weg bringen, so dass die Landeslisten von Parteien bei künftigen Landtagswahlen abwechselnd mit Frauen und Männern zu besetzten sind **-> LTWP.ÄA188**

Sorgearbeit anerkennen

Corona hat uns die Bedeutsamkeit von *Carearbeit*- sprich Tätigkeiten der Fürsorge, Pflege und des Sich Kümmerns noch einmal stark vor Augen geführt. Es waren in erster Linie die Frauen, die zu Hause neben der Homeoffice Tätigkeit dafür gesorgt haben, dass die Kinder betreut, zu pflegende Angehörige im Alltag unterstützt und der Haushalt geführt wurde. So sehr wir uns auch eine gleichberechtigte Aufteilung dieser Tätigkeiten wünschen würden, ist sie derzeit noch nicht Realität und so übernehmen für einen Großteil dieser nicht bezahlten Arbeit Frauen die Verantwortung. Zahlreiche Probleme offenbaren sich beim näheren Betrachten von Pflege- und Care-Arbeit. Sie wird entweder unbezahlt oder schlecht bezahlt erledigt. Frauen sind besonders häufig von prekärer Beschäftigung betroffen. Durch die zunehmende Deregulierung des Arbeitsmarktes, verbunden mit einer geringen finanziellen und gesellschaftlichen Anerkennung dieser Berufe, ergibt sich für Frauen ein hohes Armutsrisiko im Alter, aber auch bereits im Erwerbsleben. Die prekären und diskontinuierlichen Erwerbsverläufe haben im Zusammenhang mit einer Doppelbelastung durch familiäre Verpflichtungen ebenso starke negative Auswirkungen auf die Lebensqualität von betroffenen Frauen. Dies trifft auch auf migrantische Frauen zu, die in wachsendem Ausmaß im öffentlichen und privaten Bereich Pflege- und Care-Arbeiten übernehmen. Care-Arbeit ist unsichtbar, sie wird gemacht und ist essentiell und dennoch nimmt man sie kaum wahr. Das wird insbesondere dann zum Problem, wenn diese Arbeit in Konkurrenz zum Erwerbsleben steht, weil dann weniger Zeit zum Geldverdienen bleibt und noch keine staatliche Absicherung z.B. im Alter gewährleistet ist. Carearbeit muss gleichwertig entlohnt werden, denn sie nützt der Erwerbsarbeit. Wenn wir weiterhin wollen, dass Frauen und Männer sich für die Familiengründung entscheiden und ggf. sogar mehr als ein Kind bekommen, dann müssen wir dafür sorgen, dass Personen, die sich verstärkt um die Familie, den Haushalt oder zu pflegende Angehörige kümmern, dafür entlohnt werden.
DIE LINKE setzt sich ein für:

- Es soll in Niedersachsen einen Anspruch auf Hebammenhilfe geben und das Land hat die Ausbildung und Finanzierung von ausreichend Hebammen sicher zu stellen.
- - Druck auf die Tarifpolitik ausüben, indem Streikaufrufe von Gewerkschaften sowie der Pflege unsere Unterstützung finden
- - intensivere Unterstützung pflegender Angehöriger bei Antragsstellungen
- - Pflegegelder erhöhen für pflegende Angehörige
- - Unterhaltsvorschuss auch über 72 Monate hinaus
- - Erwerbsminderungsrenten erhöhen für Menschen mit niedrigem Einkommen oder kurzer Arbeitszeit
- - Kindererziehungs- und Pflegezeiten für pflegende Angehörige verlängern
- - Pflichtbeitragszeiten aus sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen herabsetzen

Schutz vor geschlechterbezogener und häuslicher Gewalt

Nach wie vor sind Frauen und Mädchen in unserer Gesellschaft von Gewalt, Benachteiligung und Diskriminierung betroffen. Auch von den negativen Auswirkungen der Coronakrise waren Frauen und Mädchen in besonderem Maße betroffen, sei es durch ihre Lohnarbeit in sogenannten Careberufen oder durch den Anstieg der häuslichen Gewalt in dieser Zeit. Die Grundproblematik sind die immer noch vorhandenen patriarchalen Strukturen. Deren Auflösung ist das Ziel, zum Wohle aller

Geschlechter, für ein gleichberechtigtes Miteinander. Solange wir es nicht schaffen, das Patriarchat vollständig zu beenden, müssen wir uns, auch auf Landesebene, dafür einsetzen, die von den Folgen betroffenen Menschen zu unterstützen indem wir zum Beispiel Schutzräume für Frauen und Mädchen schaffen, indem wir gemeinsam kontinuierlich daran arbeiten, die Möglichkeiten der Frauen zur Teilhabe an Politik, Beruf und Gesellschaft zu erweitern und zu fördern und indem wir uns einsetzen, dass gender pay gap zu bereinigen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- - die Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul Konvention)
- -eine Pauschalfinanzierung der Frauenhäuser durch und die Schaffung von ausreichenden und bedarfsgerechten Frauenhausplätzen. Die Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen für Opfer sexualisierter und häuslicher Gewalt muss sichergestellt und aufgestockt werden.
- Jeder Landkreis, jede kreisfreie Stadt und jede Großstadt braucht mindestens ein Frauenhaus
- Alle Frauenhäuser müssen pandemiekonform umgerüstet werden.
- Wir fordern, dass das Land Niedersachsen nach 10 Jahren Existenz, als viertes Bundesland Teil des Fonds Sexueller Missbrauch wird.
- *Anregung und Vermittlung zur Einrichtung einer Bundesarbeitsgemeinschaft Feministischer Organisation gegen Sexuelle Gewalt am Mädchen und Frauen e.V. (BAG FORSA) für das Land Niedersachsen.* ***(LTWP.ÄA 182 -> zur Abstimmung)***
- Jede Stadt ab 30.000 Einwohnern soll ein Beratungszentrum für sexualisierte Gewalt und sexuelle Belästigung im beruflichen und ehrenamtlichen Kontext bereitstellen, finanziert vom Land.